

Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft

1. Entbürokratisieren und Mittelstand entlasten

Wie werden Sie sich für einen Abbau der Bürokratie für den Mittelstand einsetzen?

DIE LINKE wird vor allem in laufenden Gesetzgebungsverfahren prüfen, inwieweit in Gesetzen Hemmnisse vor allem für kleine und mittlere Unternehmen enthalten sind. Dabei muss im Blick bleiben, dass dem Aufwand für die Unternehmen oft Verbraucherschutzrechtliche oder gemeinwohlorientierte Ziele gegenüberstehen. Hier ist ein ständiger Abwägungsprozess notwendig. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die bestehenden Präqualifizierungsverfahren überprüft und eventuell erweitert werden, um den Bürokratieaufwand für kleine und mittelständische Unternehmen zu minimieren.

DIE LINKE will Landesvergabegesetz novellieren und mit verbindlichen sozialen und ökologischen Kriterien Rechtssicherheit für alle Auftragnehmer*innen und Auftraggeber*innen schaffen. Öffentlichen Aufträge sollen nur an Auftragnehmer*innen vergeben werden, die tarifgebunden sind oder einen Vergabemindestlohn von 13 € zahlen. Der Mindestlohn auf Bundesebene hat gezeigt, dass durch einen einheitlichen Mindestlohn, der für alle gilt, der Dumpingwettbewerb bei den Löhnen reduziert werden kann. Das kommt am Ende allen Unternehmen zugute.

Der Ausbau des Glasfasernetzes muss dringend beschleunigt werden. Auch die Digitalisierung der Verwaltung muss schneller vorgebracht werden. Digitale Antragstellungen und Verfahren können enorm zur Entlastung und der Reduzierung des bürokratischen Aufwands für Unternehmen beitragen.

Wie wollen Sie es bewerkstelligen, dem deutschen Mittelstand den Weg aus der Krise zu erleichtern?

Die Betriebe, die durch die Eindämmungsmaßnahmen derzeit nicht öffnen dürfen oder starke Einschränkungen hinnehmen müssen, brauchen effektive und schnelle Hilfen. Wir kämpfen für ein Grundeinkommen von 1.200 € für Soloselbständige und Kleinstunternehmen, ein Kündigungsmoratorium bei Mietschulden von Gewerbetreibenden und dass bei den Wirtschaftshilfen nicht die Betriebskosten, sondern der Umsatzausfall als Größe herangezogen wird, ähnlich wie bei den Novemberhilfen. Auch Überbrückungs- und Liquiditätskredite müssen ausgebaut und praktikabel gemacht werden.

Nach der Pandemie ist ein Investitions- und Konjunkturprogramm dringend erforderlich, um Investitionen in Bildung, Schulen, Kitas, Krankenhäuser, ÖPNV und Infrastruktur voranzutreiben. So könnten wichtige Zukunftsinvestitionen vorgenommen werden.

- **Wie wollen Sie eine Absenkung der Steuer- und Abgabenlast herbeiführen?**

Veränderungen von Steuer- und Abgabenlasten müssen auf Bundesebene geregelt werden. Grundsätzlich tritt DIE LINKE für ein gerechtes Steuersystem ein, dass niedrige und mittlere Einkommen entlastet und höhere Einkommen (über 78.000 Euro) und große Vermögen stärker zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte heranzieht, um die gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen zu können.

Um Arbeit steuerlich zu entlasten, setzt sich DIE LINKE weiterhin dafür ein, den Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks auf sieben Prozent zu senken. Außerdem werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Veranlagung von nicht-privaten gewerblich genutzten Kraftfahrzeugen zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entfällt oder alternativ eine gerechtere, den Mittelstand entlastende, Staffelung der Beiträge erreicht wird.

2. Potenzial nutzen – Bildung und Fachkräfte – Sicherung für künftigen Wohlstand

- **Was wollen Sie gegen die hohen Abbrecherquoten an Schulen, in der Berufsausbildung sowie an Hochschulen und Universitäten tun?**

Lernen und Studieren mit dem Ziel eines erfolgreichen Abschlusses liegt im Interesse der Schüler*innen und Studierenden selbst aber auch im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Damit Lernen und Studieren gelingt und Abbrüche vermieden werden, müssen Bedingungen für gerechte Bildungschancen für alle geschaffen werden. Das bedeutet vor allem ausreichend Lehrpersonal, gezielte Förderung bei erkennbaren Defiziten mit einem gezielten Nachteilsausgleich und mehr und bessere Berufs- und Studienberatung. Darüber hinaus müssen an den Schulen multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiter*innen, Schulsozialarbeiter*innen und ggf. Therapeuten für die Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen zur Verfügung stehen.

DIE LINKE folgt u.a. das Ziel, durch die Stärkung der Gemeinschaftsschulen die Gliederung im Schulsystem zu reduzieren, dem praxisorientierten Lernens und der technischen Bildung wieder mehr Gewicht zu verschaffen und der Förderung an inklusiv arbeitenden Regelschulen den Vorrang vor einer Überweisung von Schüler*innen in Förderschulen einzuräumen.

Die Studienberatung vor dem Studium muss ihre Fortsetzung an den Hochschulen durch verschiedene Angebote zur Studienbegleitung und -beratung vor allem in der Anfangsphase des Studiums finden. Dazu müssen u.a. die Studentenwerke mit ihren Beratungsangeboten gestärkt werden. Die Hochschulen selbst müssen stärker am Erfolg ihrer Absolventen interessiert werden.

Die Berufsorientierung und Berufsberatung haben eine wichtige Funktion für eine erfolgreiche Berufsausbildung. Sie müssen in den allgemeinbildenden Schulen intensiviert und stärker mit berufspraktischen Unterrichtsteilen verbunden werden. Für eine erfolgreiche Berufsausbildung tragen aber auch die Ausbildungsbetriebe eine hohe Verantwortung.

Zahlreiche Studierende und Auszubildende (z.B. in vollzeitschulischen Ausbildungen) sind durch finanzielle Belastungen zu Nebenjobs, gezwungen, die dem Studium bzw. der Ausbildung nicht förderlich sind. Wir lehnen daher konsequent Studiengebühren jeder Art ab und treten auf Bundesebene für Reformen am BAföG ein, die allen Studierenden und Auszubildenden, die BAföG-berechtigt sind, eine soziale Grundabsicherung gewährleistet.

- **Was wollen Sie tun, damit es auch in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte gibt?**

Eine gute Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen ist eine wichtige Grundlage für die spätere Berufswahl der Jugendlichen. Für sie ist es aber auch wichtig, welche Übernahmemechanismen und Karrieremöglichkeiten bestehen und nicht zuletzt, welche Arbeitsbedingungen gelten und wie bezahlt wird. Hier sind die Ausbildungsbetriebe gefordert, attraktive Bedingungen für Ausbildung und Beschäftigung zu bieten. Das Azubi-Ticket ist ein Beitrag, um den Rahmen für die Berufswahl zu verbessern. Außerdem will DIE LINKE die Konzentration der Ausbildung in Regional- und Landesfachklassen an zu wenigen Standorten korrigieren.

Neben guten Lebensbedingungen (Kita, Schule, Kultur, Freizeit) bleiben gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in den Unternehmen entscheidend. Außerdem muss künftig stärker in den Ausbau unsere Hochschulen investiert werden. Sie sind wichtige Motoren für die wirtschaftliche Entwicklung und holen gut qualifizierte Menschen ins Land. In ihrem Umfeld können sich innovative Unternehmen gut ansiedeln.

Sachsen-Anhalt hat auf Grund geringe Geburtenraten und der Abwanderung anhaltende demographische und damit auch wirtschaftliche Probleme. Der Fachkräftemangel wird sich in der Zukunft noch erheblich verstärken. Ohne zugewanderte Fachkräfte kann unsere Wirtschaft nicht auskommen. Deshalb muss sich das Sachsen-Anhalt zu einem attraktiven Einwanderungsland für ausländische Fachkräfte entwickeln. Dafür muss sich eine offene Willkommenskultur entwickeln.

- **Wie wollen Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern?**

Für DIE LINKE ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel. Die Verfügbarkeit ausreichender Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder in Kindertagesstätten mit einem Ganztagsanspruch von 10 Stunden und ohne Beiträge der Eltern ist eine wichtige Voraussetzung dafür. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung stellt dabei auch entscheidende Weichen für den Bildungserfolg der Kinder.

Vor allem aber sind auch die Unternehmen selbst gefordert, nicht zuletzt mit Blick auf den Fachkräftemangel für ihre Beschäftigten Arbeitsbedingungen zu schaffen, die den Bedürfnissen von Familien z.B. durch flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten entgegenkommen. Wir sehen auch in gewerkschaftlichen Forderungen nach einer schrittweisen Verkürzung der Arbeitszeit und attraktiven Teilzeitmodellen für Männer und Frauen wichtige Impulse.

Der seit Jahren schleichenden Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes in immer mehr Wirtschaftsbereichen wollen wir entgegenwirken und Sonntagsarbeit auf das erforderliche Minimum beschränken.

- **Wie schaffen wir es, Geflüchtete möglichst schnell und gut in Unternehmen zu integrieren?**

DIE LINKEN setzt sich auf Bundesebene dafür ein, das Aufenthaltsrecht zu liberalisieren und die prekäre Lebenssituation Geflüchteter, wie insbesondere sogenannte Kettenduldungen, zu beenden. Dies würde auch ein wesentliches Hindernis vieler Geflüchteter auf dem Arbeitsmarkt beseitigen.

DIE LINKE setzt sich zudem dafür ein, dass im Ausland erworbene Berufsqualifikationen schneller und umfassender als bisher anerkannt werden. Der Weg zur Anerkennung muss entbürokratisiert und übersichtlicher gestaltet werden und es muss auch Teilanerkennungen geben, die mit Qualifizierungsmodulen zur gezielten Kompensation von Ausbildungsdefiziten verbunden werden. Alle damit befassten Institutionen wie das Landesschulamt, das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung oder die Landesprüfungsämter ebenso wie die unabhängigen Berufskammern müssen dabei Unterstützung erhalten. Der Auf- und Ausbau der für ihre Arbeit notwendigen Datenbanken über ausländische Bildungssysteme soll eine umfassende Förderung durch das Land erfahren. Die beständige interkulturelle Weiterbildung der Mitarbeiter*innen ist sicherzustellen.

DIE LINKE tritt auch für einen ungehinderten Zugang geflüchteter Kinder in den Regelunterricht ein, der unmittelbar nach der Erstaufnahme zu realisieren ist.

3. Digitalisierung für Betriebe und die Bürgerin und den Bürger vorantreiben

- **Welche konkreten Maßnahmen sind für die nächste Legislaturperiode vorgesehen, um KMU bei der Digitalisierung zu unterstützen?**

Der Mittelstand steht in den Bereichen der Modernisierung der Produktion, der Energie- und Ressourceneffizienz und der Informations- und Kommunikationstechnologie vor großen Herausforderungen. Die Rahmenbedingungen für die Digitalisierungsprozesse in KMU müssen verbessert werden, um regionale und globale Marktchancen zu erhalten und neu zu eröffnen.

Kleine und mittlere Unternehmen benötigen dringend leistungsfähige Glasfaseranschlüsse und das nötige Wissen, um die Potenziale der Digitalisierung nutzen zu können. DIE LINKE wird deshalb weiter Druck auf die Beschleunigung bei der Herstellung eines landesweit schnellen Internets und auf die Förderung von Qualifizierungsangeboten machen. Außerdem muss der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft vorangetrieben werden, um Probleme und den Bedarf der Unternehmen zu erfassen und effektive Lösungen zu befördern.

Die Digitalisierung der Wirtschaft hat erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitnehmer*innen. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Corona-Pandemie mit der starken Ausweitung von Home-Office und mobilem Arbeiten. Digitalisierung führt unweigerlich zu einem hohen Anpassungs- und Innovationsdruck für die Unternehmen und die Beschäftigten. Hier gilt es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für beide Seiten zu schaffen, um diesen Prozess produktiv zu nutzen und zu gestalten.

- **Wie wollen Sie eine zeitgemäße IT-Infrastruktur in Sachsen-Anhalt fördern?**

Die zentrale Herausforderung für die Sicherstellung einer modernen IT-Infrastruktur in Sachsen-Anhalt bleibt ein schneller und zukunftssicherer Netzausbau. Dieser ist in den letzten Jahren nach unserer Sicht nicht schnell genug vorangekommen und auch mit der falschen Technik. Für ein leistungsfähiges Internet brauchen wir flächendeckenden Glasfaserausbau. Auch der Ausbau von 5G muss aus Sicht der LINKEN an jeder Milchkanne erfolgen. Gerade auch um Unternehmen im ländlichen Raum diese notwendige Infrastruktur zu bieten. Der Ausbau soll nach unseren Vorstellungen vorrangig leitungsgebunden, idealerweise durch Lehrrohre und Glasfaserverbindungen, erfolgen. Um eigene Angebote anzubieten oder vermehrt Cloud-Dienste und Online-Speicher für die Nutzung von IT in Unternehmen zu ermöglichen, ist dabei dringend zu beachten, dass Internetanbieter auch Verträge mit sog. synchronen Übertragungsraten im Up- und Download anbieten.

Besonders für kleine und mittlere Unternehmen kommt es jetzt darauf an, mit einem Netz arbeiten zu können, in dem die Regeln der Netzneutralität gelten. DIE LINKE hat sich mehrfach dafür ausgesprochen die Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Nur so können wir sicherstellen, dass angemessene Verbindungsgeschwindigkeiten nicht nur großen Unternehmen zur Verfügung stehen. Über den Bundesrat wollen wir hier den Einfluss des Landes Sachsen-Anhalt geltend machen.

Zu einer zeitgemäßen Infrastruktur gehört natürlich auch eine gute mobile Versorgung mit dem Netz. DIE LINKE hat hier mehrfach auf die ersatzlose Abschaffung der Störerhaftung gepocht und stattdessen kostenfreie WLAN-Strukturen gefordert. Wir wollen Freifunk stärker fördern und Kommunen unterstützen eine WLAN-Infrastruktur als Rahmenbedingung für ein angenehmes Aufenthaltsklima z.B. in Innenstädten und touristischen Zentren zu nutzen.

Um das Internet als Raum des sozialen Erfahrens, der Bildung und des Wirtschaftens zu erhalten, wehren wir uns gegen Einschnitte, welche die Verfasstheit des Netzes angreifen. Wir interpretieren das Fernmeldegeheimnis im Zusammenhang mit dem Grundrecht auf die Unversehrtheit eigens genutzter informationstechnischer Systeme für das Internet als Kommunikations- und Medientechnik in einem so, dass ein Bürgerrecht auf Ende-zu-Ende-Verschlüsselung besteht. Somit ist es auch Unternehmen möglich Geschäftsgeheimnisse in modernen Kommunikationsformen zu schützen.

- **Wie können Sie kleine und mittlere Unternehmen für mehr IT-Sicherheit unterstützen?**

Wir wollen die Ausstattung des/der Datenschutzbeauftragten verbessern, wozu auch bessere Beratungsangebote an die Wirtschaft gehören. Auch die Weiterbildung im Bereich der IT-Sicherheit wollen wir stärken, da es in der Praxis oft die „Schwachstelle Mensch“ ist, die zu IT-Sicherheitsproblemen führt.

Auf Bundesebene wollen wir uns für eine Stärkung der IT-Sicherheit einsetzen, insbesondere durch ein gestärktes und unabhängiges BSI, eine Meldepflicht für Sicherheitslücken und die Förderung Open-Source-basierter sicherer Technologien.

- **Wie wollen Sie sicherstellen, dass künftig ausreichend Mittel für den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur zur Verfügung stehen?**

Der Markt hat beim Ausbau des schnellen Internets in Sachsen-Anhalt versagt. Die Bereitstellung einer durchgehenden Glasfasertechnologie muss Ziel des Landes sein. Vor allem im ländlichen Raum sind jetzt Lösungen gefordert wie der Zweckverband Altmark und/oder staatlich geförderte Glasfasernetze im öffentlichen oder genossenschaftlichen Eigentum. Auch auf Bundesebene wollen wir uns für ein öffentliches Investitionsprogramm in diesem Sinne einsetzen.

4. Verkehr und Infrastruktur

- **Können Sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur in Sachsen-Anhalt weiter gewährleisten?**

Die Verkehrsinfrastruktur ist ein Standortfaktor für die Wirtschaft und Voraussetzung für die Mobilität der Menschen. Gute Arbeitsplätze und Mobilitätsangebote sind Haltefaktoren für Menschen in unserem Land. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung spielt der Erhalt von Zustand und Qualität unserer Verkehrsnetze eine wichtige Rolle. Unterlassene Investitionen in den Werterhalt führen langfristig zu höheren Kosten für Land und Nutzer*innen, gefährden Produktionsabläufe und verschlechtern die Sicherheit auf unseren Straßen. Die knapper werdenden Mittel wollen wir daher vorrangig für die Werterhaltung nutzen. Neubau soll es nur da geben, wo Ortsumfahrungen dringend erforderlich sind oder eine Verkehrsanbindung im ländlichen Raum verbessert werden muss.

Getroffene Entscheidungen zum Ausbau zentraler Verkehrsadern wie der A14 respektieren wir, setzen in der Verkehrspolitik jedoch andere Schwerpunkte, hin zu einer ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Verkehrsentwicklung. So wollen wir insbesondere den öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn sichern und fördern. Mit den zusätzlichen Geldern aus dem Länderfinanzausgleich ist es möglich und geboten, die drohenden Kürzungen im Regionalverkehr abzuwenden. Die Wiederanbindung der Landeshauptstadt Magdeburgs an den Fernverkehr ist eine überfällige Entscheidung der DB. Wir begrüßen die zusätzlichen Investitionen der Bahn in die Verkehrsknoten Halle und Magdeburg und setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, die Fernverkehrsanbindung so früh wie möglich herzustellen.

- **Wie wollen Sie sicherstellen, dass künftig ausreichend Mittel für den Ausbau und Erhalt dafür zur Verfügung stehen?**

Wesentliche Finanzierungsquellen der Verkehrsinfrastrukturen sind in erster Linie Bundesmittel und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Weil sich der Großteil der Straßen in kommunaler Baulast befindet, setzen wir uns für eine langfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit der Kommunen für ihre Infrastrukturprojekte ein. Entscheidende Weichen werden an dieser Stelle in der künftigen Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gestellt. Eine Verringerung der Bundesmittel gilt es auch hier durch landeseigene Programme zu kompensieren, die sich aus den zusätzlichen Umsatzsteuer-Mitteln speisen. In allen Programmen setzen wir uns für eine saubere Mittelverwendung und Zweckbindung ein. Dringend

benötigte Gelder für die Verkehrsinfrastruktur müssen dort auch ankommen und dürfen nicht weiterhin – wie bei den Regionalisierungsmitteln – zum Stopfen anderer Haushaltslöcher zweckentfremdet werden.

In der Frage einer verstärkten Nutzerfinanzierung lehnen wir nach wie vor die PKW-Maut als zu bürokratisch und unökologisch ab. Wer viel fährt, bezahlt auch heute schon mehr über die Mineralöl- und Kfz-Steuern. Diese Einnahmen müssen nur konsequent in die Verkehrsinfrastruktur zurückgeführt werden. Aus Gründen des fairen Wettbewerbs im Güter- und Personenverkehr setzen wir uns für die Ausweitung der LKW-Maut und die Schaffung einer Fernbus-Maut ein. Schließlich bezahlt auch jedes schienengebundene Verkehrsmittel ein Nutzungsentgelt in Form der Trassegebühren. Die Mehreinnahmen sollen wiederum in den Abbau des Investitionsstaus und den Werterhalt der öffentlichen Infrastruktur zurückfließen.

5. Größenwachstum und Internationalisierung von KMU unterstützen

- **Wie wollen Sie das Größenwachstum der kleinen und mittleren Unternehmen in Sachsen-Anhalt unterstützen?**

Die eher kleinteilige Wirtschaftsstruktur in Sachsen-Anhalt sieht DIE LINKE mehr als Chance denn als Nachteil. Das hat sich inzwischen mehrfach bei der wirtschaftlichen Bewältigung globaler Krisen gezeigt. Zu lange wurde auch in Sachsen-Anhalt nur auf die Anwerbung von neuen großen Unternehmen gesetzt. Wir wollen stärker kleine und mittelständische Unternehmen bei der Entwicklung und beim Wachstum unterstützen und den Bestand pflegen.

Informations- und Förderangebote wollen wir daher zukünftig wesentlich stärker auf die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen zuschneiden. So sollen sie Unterstützung bei Vernetzung zur Vertiefung der Wertschöpfungsketten oder bei der Steigerung des Forschungs- und Entwicklungspotenzials durch weitere Kooperation mit Universitäten und Hochschulen erhalten. Landesmittel wollen wir vorrangig in Bereiche investieren, die möglichst vielen Unternehmen zugutekommen – also in Aus- und Weiterbildung, die Fachkräfteentwicklung oder in regionale Infrastruktur.

- **Auf welche Weise wollen Sie Gründerinnen und Gründer neuer Unternehmen beispielsweise bei Ausgründungen aus Universitäten und Hochschulen helfen?**

Ohne neue unternehmerische Ideen kann keine Wirtschaft auskommen. Start-ups beleben mit ihren kreativen und innovativen Ideen. Damit sie schnell wachsen und damit auch an ihrem Gründungsort verbleiben, brauchen sie eine breite Unterstützung, u.a. bei der Akquirierung von Risikokapital und bei der Vernetzung. Wir wollen eine Kultur des Ermöglichens schaffen, Formate unterstützen, die Vernetzung ermöglichen und Hidden Champions sichtbar machen. Einrichtungen wie der Wissenschaftshafen in Magdeburg, der Weinberg-Campus und das Designhaus in Halle brauchen dabei nicht nur die Unterstützung der Kommunen, sondern sollen auch vom Land stärker unterstützt werden. Wir wollen Netzwerke der Kreativ- und IT-Branche, der Wissenschaft und Unternehmen aus anderen Wirtschaftszweigen fördern. Die Schaffung von Co-Working-Spaces soll unterstützt werden. Mit einem neuen Förderprogramm „Zweite Chance“ wollen wir zunächst gescheiterten Gründer*innen einen neuen Anlauf ermöglichen.

Das bisher ungenutzte Potential in Sachsen-Anhalt wollen wir analysieren und in eine neue Existenzgründungsstrategie einfließen lassen. Wir wollen prüfen, inwieweit Förderprogramme gebündelt und Beratungsmöglichkeiten insbesondere für Ausgründungen aus Hochschulen und Universitäten verbessert werden können. Die Arbeit und Erfolge von Unternehmerinnen und Gründerinnen sollen sichtbarer werden, um Frauen zur Selbstständigkeit zu ermutigen.

- **Wie wollen Sie Internationalisierung des Mittelstandes vorantreiben?**

DIE LINKE sieht in der Mitwirkung sachsen-anhaltischer Unternehmen an der internationalen Arbeitsteilung einen wichtigen wirtschaftspolitischen Baustein. Wir sehen dabei vor allem im europäischen Binnenmarkt großes Potenzial für kleine und mittelständische Unternehmen. Aber auch außerhalb dieses wollen wir zukünftig vor allem kleine und mittelständische Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte behilflich sein. Dazu wollen wir unter anderem die Internationalisierungs- und Europastrategie überarbeiten und die derzeitigen Programme der Außenwirtschaftsförderung evaluieren und gegebenenfalls anpassen.

DIE LINKE sieht aber auch vor allem beim Thema Sprache ein wichtiges Entwicklungspotenzial bei den Unternehmen. Die Beherrschung von Fremdsprachen in einheimischen Unternehmen ist unumgängliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Agieren auf internationalen Märkten und gelebte Willkommenskultur für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir setzen uns daher dafür ein, dass gelebte Internationalität und kulturelle Kommunikation in allen Bildungsbereichen unseres Landes integriert ist.

6. Energieversorgung dezentral und wettbewerbsfähig gestalten

- **Wie planen Sie, den Mittelstand von steigenden Energiekosten zu entlasten**

Der notwendige Wechsel der Energieerzeugung von fossilen zu erneuerbaren Energiequellen muss von der ganzen Gesellschaft getragen werden. Für DIE LINKE ist dabei wichtig, dass dabei die Belastungen sozial gerecht verteilt werden. Das bedeutet auch, dass die derzeit geltenden Regelungen zur Begrenzung der EEG-Umlage für Unternehmen geändert werden müssen. Da Entlastungen bisher pauschal ab einem Schwellenwert von einer Gigawattstunde greifen, wird ein hoher Energieverbrauch weiter subventioniert. In der Konsequenz führt das zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die schlicht geringere Produktionsmengen und dadurch einen niedrigeren Energieverbrauch haben. Die Industrie-Rabatte der EEG-Umlage sind ein verdecktes Mittel zur Förderung der Großindustrie und sind auf dieser Grundlage ökonomisch nicht gerechtfertigt.

Kriterien für Entlastungen müssen vielmehr die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen gegenüber internationalen Wettbewerbern und technologiebedingte energieintensive Produktionsprozesse sein – unabhängig von der verbrauchten Gesamtenergiemenge. DIE LINKE wird sich deshalb weiter dafür einsetzen, dass Befreiungstatbestände für EEG-Umlage und Netzentgelte immer wieder auf den Prüfstand gestellt und auch dem Stand der Technik angepasst werden. Darüber hinaus müssen Anstrengungen für mehr Energieeffizienz, u.a. im Rahmen der Digitalisierung von Produkten und Produktionsprozessen, unterstützt werden.

- **Was wollen Sie tun, um die Rahmenbedingungen für die Energieversorgung zu verbessern?**

DIE LINKE hat die Energiewende stets als einen Wandel von einer zentralen Energieversorgung aus fossilen Quellen hin zu einer dezentralen Erzeugung und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen verstanden. Wir wollen einen ökologisch sinnvollen Mix verschiedener Energieformen erreichen, mit dem die Energieversorgung sichergestellt wird und Strom bezahlbar bleibt.

DIE LINKE will ein modernes Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, welches auf der Grundlage einer Potenzialstudie Ausbauziele für erneuerbare Energien beschreibt und Maßnahmen zur schrittweisen Umsetzung festlegt. Darin eingeschlossen sind die Förderung von Speichertechnologien ebenso wie Netzausbau-, Energieeffizienz- und Einsparinitiativen. Dabei setzen wir auf die intelligente Steuerung von Erzeugung und Verbrauch (virtuelle Kraftwerke) und Sektorkopplung. Die Umsetzung und Evaluierung des Klimaschutzgesetzes soll durch einen Nachhaltigkeitsbeirat aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft unterstützt werden.

Wir werden uns im Bund dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Eigenstromversorgung verbessert werden und z.B. Speicherlösungen und bessere Vernetzung von Strom-Wärme-Mobilitäts-Lösungen gefördert werden. Pilotvorhaben, Modellprojekte und besonders innovative Lösungen sollen auch durch Sachsen-Anhalt gefördert werden.

- **Wie wollen Sie die KMU bei der Steigerung der Energieeffizienz unterstützen?**

Energiesparen und Energieeffizienz sind für den Erfolg der Energiewende unverzichtbar. Angesichts des steigenden Energiebedarfs und ansteigender Energiepreise darf Energie nicht weiter verschwendet werden. Die Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebereich, im Verkehrssektor und in der Industrie sind wesentliche Bausteine aber auch die Optimierung der verschiedenen Arbeits- und Produktionsprozesse birgt immer noch viel Potential. Die Digitalisierung findet in allen Bereichen der Energie-Wertschöpfungskette statt und hilft, die anstehenden Herausforderungen der Energiewende zu meistern. Vor allem durch Prozessoptimierung können Ressourcen geschont werden.

Die Landesenergieagentur LENA hat verschiedene Aktivitäten entwickelt, die gerade auch KMU unterstützen sollen. Dazu gehören Qualifizierungsangebote, Informationsvermittlungen zu gesetzlichen Regelungen, Fördermöglichkeiten, Best-Practice-Beispielen (z.B. Abwärmenutzung auch betriebsübergreifend, neue Beleuchtungskonzepte) und Unterstützung bei Netzwerkbildungen. Zur Steigerung der Energieeffizienz sind landeseigene Anreizprogramme und Fördermaßnahmen das richtige Mittel und müssen auch zukünftig fortgeführt werden.

- **Was wollen Sie gegen steigende Netzentgelte tun?**

Der Netzausbau ist für das Gelingen der Energiewende in bestimmtem Maße notwendig. Gerade bei den Verteilnetzen, in die die Wind- und Solarparks einspeisen, fallen viele Investitionen an, die bisher in den Regionen zu deutlich höheren Netzentgelten führen. Auch die Investitionen in die Erweiterung der Übertragungsnetze müssen in den Regionen getragen werden.

DIE LINKE setzt sich deshalb weiter für eine bundesweite Umlage dieser Entgelte ein. Die Angleichung der Netzentgelte wurde bisher nur für die Übertragungsnetze beschlossen, die bis 2023 gestaffelt stattfindet. Die LINKE fordert seit Langem die Angleichung der Netzentgelte sowie die Senkung der Stromsteuer mindestens auf das von der EU geforderte Niveau, um die Bürger*innen zu entlasten.

Netzentgelte können auch dadurch verringert werden, dass der Netzausbau stärker auf den tatsächlichen Bedarf hin überprüft wird und mehr Möglichkeiten geschaffen werden, Energie vor Ort zu verbrauchen. Das kann z.B. durch den Einsatz von Speichern und der besseren Kombination verschiedener Nutzungsmöglichkeiten von Energie im Strom-, Wärme- und Mobilitätssektor realisiert werden.

7. Staatliche Kernaufgaben wahrnehmen – Leben und Eigentum schützen

• Wie wollen Sie die Kriminalität weiter eindämmen und Leben und Eigentum der Menschen in Sachsen-Anhalt wirksam schützen?

Eines der Grundbedürfnisse des Menschen ist es, sicher leben und arbeiten zu können. Das heißt vor allem, vor Kriminalität sowie vor Armut und Ausgrenzung geschützt zu werden, aber auch vor unverhältnismäßigen Eingriffen des Staates in das eigene Leben. Wir nehmen die Sicherheitsbedürfnisse sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Der Schutz des/der Einzelnen vor Bedrohungen, Gewalt, Kriminalität, der Schutz von Leben, Freiheit und des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger gehört zu den Kernaufgaben des Staates und folglich zu den Aufgaben der Landespolitik.

Kriminalität hat nach wie vor soziale Ursachen. Für DIE LINKE stehen somit Fragen der sozialen Gerechtigkeit und damit eng verknüpft auch Fragen der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Gefahrenvorsorge im Vordergrund. Kernpunkt der Bekämpfung von Kriminalität kann nicht nur ihre konsequente Verfolgung sein, sondern insbesondere auch die Bekämpfung ihrer Ursachen. Das ist wiederum eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Öffentliche Sicherheit wird somit nicht nur durch strafrechtliche Vorschriften und deren wirksame Umsetzung gewährleistet. Kriminalitätsprävention beginnt mit guter Familienpolitik, ausreichenden Ausbildungs- und Arbeitsstellen sowie einer guten Bildung, der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit sowie Chancengleichheit und anderen Maßnahmen. Und sie erfordert auch einen an Resozialisierung ausgerichteten Strafvollzug.

Um den Sicherheitsbedürfnisse der Bürger*innen wie auch von Unternehmen gerecht zu werden, fordert DIE LINKE vorrangig die Schutz- und Kriminalpolizei quantitativ und qualitativ durch gut ausgebildete und ausgerüstete Polizistinnen und Polizisten zu verstärken. Finanzielle Mittel sollten in erster Linie für ausreichend polizeiliches Personal, dessen solide fachliche Ausbildung, für eine moderne sächliche Ausstattung und moderne digitale Arbeitsplätze bereitgestellt werden, statt sich auf die Beschaffung von Überwachungstechnik (wie z.B. Videokameras für die Überwachung öffentlicher Bereiche) zu konzentrieren, deren geringer Nutzen bei der Verhinderung und Aufklärung von Kriminalität selbst unter Fachleuten völlig unumstritten ist. Gesetzesvorhaben, die unter dem Vorwand der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung Grundrechte immer weiter einschränken, lehnen wir ab.

- **Mit welchen Maßnahmen soll das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessert werden?**

Von der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit hängt für die Menschen maßgeblich deren Lebensqualität ab. Das Sicherheitsgefühl der Menschen wird vielfach weitaus stärker durch ihre soziale und ökonomische Situation beeinträchtigt als durch die reale Gefahr, Kriminalitätsoffer zu werden. Die gesellschaftliche Verunsicherung kann demnach nicht allein durch Polizei und Justiz behoben werden kann. Für DIE LINKE steht dabei die Frage im Vordergrund, wie man öffentliche Sicherheit weitgehend gewährleisten kann, ohne dabei die individuellen Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger unzulässig einzuschränken.

DIE LINKE ist davon überzeugt, dass die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zuallererst durch die gesellschaftliche Prävention in allen Lebensbereichen beeinflusst wird. Unser Grundsatz ist es, dass die gesellschaftliche und polizeiliche Prävention allemal wirkungsvoller ist als eine verstärkte Repression. Eine Politik der öffentlichen Sicherheit muss Rahmenbedingungen schaffen, in deren Mittelpunkt die vorbeugende Verhinderung von Straftaten im rechts- und sozialstaatlichen Rahmen steht. Die Ursachen und Bedingungen von Gesetzesverstößen können nur mit ganzheitlich gesellschaftlichen, sozial- und innenpolitischen sowie strafrechtlichen Konzepten abgeändert werden.

Gleichzeitig sieht DIE LINKE zielführende Wege im Erhalt und den Ausbau einer angemessenen Präsenz der Polizei in der Fläche sowie durch mehr sichtbare und damit bürgernah auf den öffentlichen Straßen und Plätzen handelnde Polizeibeamtinnen und -beamte statt einer flächendeckenden Installierung von Videokameras, welche die öffentliche Sicherheit nicht garantieren, jedoch das Gefühl einer permanenten Überwachung vermitteln.

- **Was planen Sie, um die Einsatzbereitschaft der Polizei zu verbessern und die Zahl der Beamten wieder aufzustocken?**

DIE LINKE teilt die Auffassung, dass Polizei auch künftig deutlich mehr Präsenz zeigen muss. Der jahrelang praktizierte Stellenabbau vergangener Landesregierungen war hier ein falsches Signal, der damit eindeutig zu Lasten der öffentlichen Sicherheit in Sachsen-Anhalt ging. Die personellen polizeilichen Neueinstellungen der letzten Jahre sind ein Schritt in die richtige Richtung, reichen bei weitem aber noch nicht aus.

Sachsen-Anhalt benötigt motivierte und bürgernah agierende Polizisten und Polizistinnen, die flächendeckend präsent und einsatzbereit sind. Wir fordern eine vorausschauende Personalplanung bei der Polizei, die verlässlich und motivierend für die Lebensplanung der Beamten und Beamtinnen ist, was eine moderne Polizeiausbildung, die Reduzierung von Mehrarbeit und Überstunden, gute Bezahlung und ein wirksames Gesundheitsmanagement einschließt.

Um die Anzahl der Polizeibeamten und -beamtinnen weiter aufzustocken und damit auch die Einsatzbereitschaft der Polizei zu verbessern, steht für DIE LINKE die Nachwuchsgewinnung bei der Polizei im Vordergrund. Die hohe Zahl von Altersabgängen bei der Polizei muss kompensiert werden. Aus diesem Grund sind die Anzahl von Neueinstellungen, die Ausbildungskapazitäten und -inhalte konsequent an künftige Herausforderungen anzupassen und auszubauen. Menschen mit Migrationshintergrund sind für den Polizeidienst zu gewinnen.

DIE LINKE fordert bis zum Jahr 2025 eine Personalstärke von mindestens 7.000 Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen in Sachsen-Anhalt. Hierfür bedarf es eines kontinuierlich erhöhten Einstellungskorridors von ca. 400 Anwärtern und Anwärterinnen an der Fachhochschule der Polizei in Aschersleben in den Jahren 2022 bis 2025.